

Norman Paech

## Der permanente Krieg

Einhundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges und knapp 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten wagt niemand mehr, eine dritte Auflage auszuschließen. Zwar überraschte die gegenwärtige Krimkrise keine »Schlafwandler«<sup>1</sup> in den Kabinetten Europas und der USA, die sich hätten in den Krieg ziehen lassen können, wie es das vor hundert Jahren höchstwahrscheinlich der Fall gewesen wäre. Aber der lange Zeit in der politischen Wissenschaft herrschende Glaubenssatz, dass Demokratien gegeneinander keinen Krieg führen, ist zu einem Wunschtraum ohne wirkliche Überzeugung geschrumpft. Unser eurozentrischer Blick vermag offensichtlich nur den Krieg als »Weltkrieg« zu erkennen, der unser Territorium verwüstet und uns selbst mit seinem Terror und seinen Massakern in die Katastrophe zieht. Unser Platz in der Mitte Europas trübt uns bei der Zelebrierung der Weltkriegs-Gedenktage die Sicht auf das Kriegsgeschehen der Welt. Das Heidelberger Institut für Konfliktforschung hat immerhin für das Jahr 2013 mehr als 220 bewaffnete Konflikte identifiziert. Kaum ein Land auf der Erde, das nicht aktiv oder passiv beteiligt gewesen wäre.

Wir müssen also über die Grenzen Europas hinausschauen, um die wahren Dimensionen des Krieges in der Gegenwart zu begreifen. Zum Beispiel der von 1998 bis 2003 in der demokratischen Republik Kongo wütende Krieg. Er war bereits der zweite nach dem Krieg von 1997 bis 2001, ihm folgte ein dritter seit 2007, der in den Ostprovinzen an der Grenze zu Ruanda immer noch anhält. Allein dem zweiten Krieg sind nach verlässlichen Schätzungen über drei Mio. Menschen zum Opfer gefallen. Madeleine Albright bezeichnete ihn damals als »ersten afrikanischen Weltkrieg«, auch weil viele afrikanische Staaten an ihm beteiligt waren. Doch das war nicht alles. »Nein, es geht um Rohstoffe, vor allem für den Westen«, schrieb *DIE ZEIT* seinerzeit (26.5.2003) und deutete damit die wahre Dimension dieses »Weltkrieges« mit der Beteiligung der USA und der EU an. Der Krieg beschäftigt seit Jahren das größte Militärkontingent der UNO, 15 000 Soldaten der MONUSCO<sup>2</sup>, ohne dass sich ein Ende und ein Frieden abzeichnen.

Als George W. Bush 2001 seinen »war on terror« verkündete, entfaltete dieser Krieg weltweite Dimensionen mit zahlreichen Kriegsschauplätzen von Afghanistan über Pakistan, Irak, Libyen, Syrien bis in den Sudan, Tschad, nach Somalia, Jemen, Mali und Zentralafrikanische Republik. Dieser Krieg dauert immer noch an. In seiner Rede vor dem Kongress am 21. September 2001 kündigte Bush einen »Weltkrieg«<sup>3</sup> mit Sätzen an, die an die Verkündung einer neuen Weltordnung seines Vaters genau 11 Jahre zuvor am selben Ort erinnerten. Was jedoch Bush Senior noch mit der

1 Vgl. Werner Röhrs Besprechung des gleichnamigen Buches von Christopher Clark in diesem Heft.

2 Mission de L'Organisation des Nations Unies pour la stabilisation en RD du Congo.

3 Vgl. *Das Argument* 244, 44. Jg. 2002, H.1, *Weltkrieg gegen den Terror?*

Verheißung eines goldenen Zeitalters der Freiheit und Gerechtigkeit urbi et orbi<sup>4</sup> umwarb, präsentierte sein Sohn der Welt als unverhohlene Drohung mit Gewalt bis in den letzten Winkel der Erde: »Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit Al-Qaida, aber er endet nicht dort. Er wird nicht enden, bis jede terroristische Gruppe von globaler Reichweite gefunden, gestoppt und geschlagen ist. [...] Die Amerikaner sollten nicht einen Kampf erwarten, sondern eine langwierige Kampagne, anders als alle, die wir je gesehen haben. Diese könnte dramatische Angriffe einschließen, die im Fernsehen übertragen werden, und versteckte Operationen, die auch bei Erfolg geheim bleiben. Wir werden den Terroristen ihre Geldmittel abschneiden, sie gegeneinander aufbringen, sie von Ort zu Ort treiben, bis es für sie keine Zuflucht oder Ruhe mehr gibt. Und wir werden die Staaten verfolgen, die dem Terrorismus Hilfe zur Verfügung stellen oder ihm einen sicheren Hafen bieten. Jedes Land in jeder Region muss sich jetzt entscheiden – entweder es steht an unserer Seite oder an der Seite der Terroristen.«

Bush hat Wort gehalten und Präsident Obama ist ihm mit einigen rhetorischen Verkleidungen gefolgt. Der Kriegsschauplatz hat sich inzwischen über fast den gesamten Nahen- und Mittleren Osten ausgedehnt, Nordafrika und die Subsahara-Staaten Afrikas erfasst. Der Abzug der meisten Truppen aus Afghanistan hinterlässt kein Land in Frieden und befreit von ausländischer Einmischung. Die »Nachkriegsgesellschaften« des Irak und Libyens zeigen deutlich, in welcher Weise der Krieg fortwirkt. Er hat sich in das »low intensive warfare« des Bürgerkrieges verwandelt. Er vereitelt alle Bemühungen, aus den vollkommen zerstörten alten Gesellschaftsstrukturen zumindest einen stabilen Rahmen der Sicherheit für ein ziviles Leben aufzubauen. Aus ehemals selbständigen und souveränen Staaten, mit denen der Westen lange Jahre hindurch kooperiert und seine Interessen verfolgt hat, sind durch den Krieg Protektorate mit Vasallenregimen geworden. Deren Fähigkeit, den Frieden in den zerbrochenen Gesellschaften zu organisieren, ob Karsai oder Maliki, ist ebenso fragwürdig wie ihre Loyalität zu ihren ehemaligen Kriegsherren, die sie seinerzeit installiert haben.

Der Nahe und Mittlere Osten ist das Paradigma des permanenten Krieges, dem wir nur deswegen das Attribut eines »Weltkrieges« nicht zuerkennen, weil seine Kriegsschauplätze fern unserer Grenzen liegen und auch seine zeitlichen Grenzen verschwimmen. Seit 1967 wird der Konflikt zwischen den Palästinensern und dem neuen Staat Israel mit der Besetzung des Westjordanlandes, von Gaza und der Golan-Höhen mit den Mitteln des Krieges geführt. Die Zeiten des Waffenstillstandes und die immer wieder vergebliche Neuaufgabe von Friedensgesprächen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Region sich in einem andauernden Kriegszu-

---

4 George W. Bush, Rede vor beiden Kammern des Kongresses am 21. September 1990: »... eine neue Ära – freier von der Bedrohung durch Terror, stärker im Streben nach Gerechtigkeit und sicherer in der Suche nach Frieden. Eine Ära, in der die Völker der Welt, Ost und West, Nord und Süd, prosperieren und in Harmonie leben können.... Eine Welt, in der die Völker die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit erkennen. Eine Welt, in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert.«

stand befindet, der von Zeit zu Zeit in Gewaltexzesse wie die Libanon-Kriege von 1982 und 2006 oder der Gaza-Krieg 2008/2009 eskaliert. Seit fast 50 Jahren dulden die USA und die Staaten der EU – die einzigen Kräfte, die die Situation verändern könnten – die eindeutig völkerrechtswidrige Besetzung eines Territoriums mit Nachsicht. Sie wissen um die Labilität der ganzen Region aufgrund dieses ungelösten Konfliktes und haben sich dennoch darin eingerichtet auf offensichtlich unbestimmte Zeit. Ganz anders im Falle der Einverleibung der Krim in die russische Föderation, wo die gleichen Staaten mit der heftigsten Beschwörung des Völkerrechts und sofortigen Sanktionen reagieren.

Der Bürgerkrieg in Syrien weist ein weiteres Merkmal dieses permanenten Krieges auf, das bereits im Libyen-Krieg erprobt und sich als »zukunftsfähig« erwiesen hat. Die Achillessehne eines jeden Kriegseinsatzes sind die eigenen Menschenverluste, die die notwendige Unterstützung durch die Heimatfront gefährden können. Im Krieg gegen Gaddafi hat die NATO erfolgreich die eigenen Bodentruppen durch Milizen der Aufständischen ersetzen können, die sie nur finanziell, militärisch und logistisch unterstützen musste. Auch in Syrien hat sie sich den Einsatz eigener Truppen bisher durch die Lieferung von Waffen, Munition und logistischer Mittel sparen können. Zur Finanzierung ließ sie sich dabei auf so zweifelhafte Verbündete wie Katar und Saudi-Arabien ein, deren Menschenrechtsstandards bei anderen Ländern schon zur Begründung einer »humanitären Intervention« herhalten mussten. Das Erschrecken, die Empörung und der Handlungsdruck, die die über 150 000 Toten und über 2 Mio. Flüchtlinge in der Öffentlichkeit erzeugen, relativieren sich offenbar in den moralischen Erwägungen der »Freunde Syriens«, wenn man sich die Antwort der damaligen Außenministerin Albright im US-Fernsehen auf die Frage in Erinnerung ruft, was sie angesichts der 500 000 Kinder in Irak fühle, die durch die wirtschaftlichen Sanktionen der USA in den neunziger Jahren starben. »Eine sehr harte Wahl«, war ihre Antwort, aber unter Berücksichtigung aller Umstände, »ist sie den Preis wert.« Die Härte bzw. Skrupellosigkeit der politischen Klasse bei der Verfolgung ihrer strategischen Ziele sollte nicht unterschätzt werden. Die Finanzierung und militärische Unterstützung der Aufständischen wird also trotz aller Bedenken gegenüber dieser Art unkontrollierbarer Bodentruppen fort dauern, bis auch das Regime Assad der Vergangenheit angehört.

Das ist keine gute Perspektive für Iran, der nach wie vor in der schon 1997 von Zbigniew Brzezinski formulierten Strategie des »Greater Middle East« der letzte Mosaikstein in der Neuordnung des Mittleren Osten ist. Obwohl sich die USA und Europa in zunehmendem Maße unabhängig von den Energieressourcen der Golfregion durch die Erschließung neuer Quellen in den Zentralasiatischen Republiken und Westafrika machen, lagern dort noch immer die größten Reserven, deren ungestörte Verfügbarkeit gerade in der sich anbahnenden Konfrontation mit China wichtig ist. Zudem hat die strategische Bedeutung der Handelswege, der freien Verbindung mit den Märkten des Ostens nicht nachgelassen. Ob am Hindukusch, am Golf von Aden oder in der Straße von Malakka, überall werden »unsere Interessen verteidigt« und sind deshalb den Preis eines militärischen Einsatzes wert.

Warnungen werden laut, dass die Gefahr eines großen Rohstoffkrieges in diesem Jahrhundert nicht geringer als im vergangenen 20. Jahrhundert ist, wo es schon in den beiden Weltkriegen um den Zugriff auf Rohstoffe und Energiereserven ging. Friedbert Pflüger, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, ist in seiner Prognose von 2010 zweifellos realistisch: »Der dominierende Konflikt der Weltpolitik im 21. Jahrhundert wird der Kampf um Energie, Rohstoffe und Wasser sein. Nationalismus, Kolonialismus und Imperialismus des 19. Jahrhunderts kehren zurück [...]. Wir steuern auf eine Welt zu, die unausweichlich durch Energiekrisen und -konflikte, hoffentlich nicht auch durch Energiekriege, gekennzeichnet sein wird.«

Welche Rolle dabei die USA in Zukunft zu spielen gedenken, hat Zbigniew Brzezinski weniger aus nationalem Stolz denn als Warnung an die Vasallen angedeutet, wenn er schreibt: »Der Geltungsbereich der heutigen Weltmacht Amerika [ist] einzigartig. Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politisch Geltung verschaffen können. Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf. [...] Der gesamte Kontinent [ist] von amerikanischen Vasallen übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.« (1997, 41) Er hätte noch erwähnen können, dass die USA in 93 Staaten insgesamt 860 militärische Stützpunkte haben und heute mit den Drohnen über die wohl wirksamste und gefährlichste Waffe im asymmetrischen Krieg an der Peripherie verfügen.

Das alles nützt den USA und der EU jedoch nichts in den jetzt wieder schärfer werdenden Rivalitäten mit Russland und der VR China. Die Abspaltung der Krim und die Eingliederung in die Russische Föderation haben der EU und den USA erneut die Grenzen ihres Expansionsdranges aufgezeigt. Die Verweigerung eines Mandats des UN-Sicherheitsrats zur Intervention in Syrien war die Reaktion auf den Missbrauch der Libyen-Resolution 1973, die lediglich Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung erlaubte, jedoch zum monatelangen Krieg, um Gaddafi zu beseitigen, benutzt wurde. So berechtigt die Kritik an der völkerrechtswidrigen Abspaltung der Krim ist, so grotesk ist die Beschwörung des Völkerrechts durch jene Staaten, deren militärische Interventionen geradezu von Verachtung für das Völkerrecht geprägt sind. Wer die Zerstörungen des blutigen und völkerrechtswidrigen Krieges gegen Irak mit 500 000 bis 700 000 Toten immer noch nicht behoben hat, sollte sich eher darüber Gedanken machen, welche Politik der EU und der USA Präsident Putin zu diesem Schritt bewogen hat, als die offensichtlich unblutige und von einer Mehrheit der Bevölkerung getragene Sezession zum Anlass einer erneuten Verschärfung der Konfrontation mit Russland zu nehmen.

In dieser Auseinandersetzung ist viel von Geopolitik und Geostrategie die Rede, in denen es immer um Offensive und Landgewinn geht, nie um Defensive, um Ausgleich und Kooperation. Samir Amin (2014) charakterisiert die gegenwärtige

Situation als den Versuch der historischen Zentren des Imperialismus (USA, West- und Zentraleuropa, Japan = Triade), ihre exklusive Kontrolle über den Planeten durch zwei Strategien zu erhalten: durch die Politik der neo-liberalen ökonomischen Globalisierung und durch die militärische Kontrolle des Planeten, um jeden Versuch eines Landes außerhalb der Triade zu unterbinden, ihrem Joch zu entkommen. Deswegen ist jeder Staat ein realer oder potenzieller Feind, es sei denn er akzeptiert die Unterwerfung unter die ökonomische und politische Strategie der Triade – wie Saudi-Arabien und Katar. In diesem Sinne ist Russland ein Feind geblieben, da es auch ohne sozialistische Ideologie auf seiner Unabhängigkeit besteht.<sup>5</sup>

Obwohl US-Außenminister James Baker im Februar 1990 ebenso wie Genscher dem damaligen Präsidenten Gorbatschow versicherten, keine Ausweitung der NATO nach Osten zu unternehmen, bekannte sich Clinton im Januar 1994 wieder zur alten Konfrontation und plädierte für eine »stetige, bewusste und offene« Ausdehnung der NATO nach Osten – »der schicksalhafteste Irrtum der amerikanischen Politik in der ganzen Nach-Kalte-Kriegs-Ära«, wie George Kennan 1997 in der New York Times schrieb. 1999 bombardierte die NATO Ex-Jugoslawien, traten Polen, Ungarn und die Tschechische Republik der NATO bei. 2004 folgten Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien. Albanien und Kroatien kamen 2009 hinzu, Kosovo wurde 2008 endgültig von Serbien getrennt. Jetzt stehen Georgien und Ukraine zur Aufnahme an. Putin hatte beide Staaten als rote Linien bezeichnet, die nicht überschritten werden dürften. 2012 wurde das Projekt der Raketenabwehr definitiv beschlossen. Das Programm der Eindämmung Russlands läuft weiter. Auch Obama lässt in der gegenwärtigen Ukraine-Krise nicht davon ab, die NATO immer weiter gen Osten in Front zu bringen. In ihrer »Top-10«-Konfliktliste, in der die ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte und jetzige Leiterin der »International Crisis Group« Louise Arbour, die Gebiete aufführt, in denen die Kriege der kommenden Jahre stattfinden werden, finden sich auch die fünf zentralasiatischen Staaten und der Nordkaukasus (Arbour 2014, Whitney 2014).

Das klassische Weltkriegs-Szenario, das Zentraleuropa in Schutt und Asche legt, scheint immer noch nicht undenkbar. Der Krieg hat sich derzeit an die Peripherie verzogen, wo die alten Kolonialmächte schon immer militärisch aktiv waren. Auch heute gibt es kaum einen Krieg in Afrika, Asien oder Lateinamerika, bei dem die imperialen Kriegsmächte nicht in der einen oder anderen Weise beteiligt sind. Der Krieg wird um die entscheidenden Ressourcen des Überlebens geführt, weltweit und permanent – wir nennen ihn nur nicht Weltkrieg.

---

5 Mike Whitney (2014) zitiert aus den Memoiren des ehemaligen Verteidigungsministers Robert Gates: »When the Soviet Union was collapsing in late 1991, Dick [Cheney] wanted to see the dismantlement not only of the Soviet Union and the Russian empire but of Russia itself, so it could never again be a threat to the rest of the world.«